

Servicepaket Sprecherkreis

Aktionsbündnis Bayern sagt NEIN!

zum

Umgang mit der Presse und Vorbereitung für Interviews

Stand: 05. Mai 2010

Kampagnenbüro München

GESPERRT!

Fragen/Antworten – Präsentation des Aktionsbündnisses

Achtung! Dieser Fragenkatalog ist nur zum internen Gebrauch als Vorbereitung der Sprecher auf Interviews, Umgang mit den Medien und für öffentliche Auftritte gedacht und darf auf keinen Fall an Dritte weitergegeben oder –geleitet werden. Wenn Bedarf zur Weitergabe besteht, bitte Rücksprache mit dem Kampagnenbüro halten. Achtung!

I. Fragen zum Aktionsbündnis

Wer sind die Gründungsmitglieder?

Die Hauptinitiatoren und Unterstützer des Aktionsbündnis kommen aus den Reihen der Gastronomie und der Zulieferindustrie der Branche. Neben den gastronomischen Verbänden wie dem Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband (BHG), dem Verein zum Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur (VEBWK), der Vereinigung der Bayerischen Festwirte sowie dem Verband der Wiesnwirte wird das Bündnis von den beiden großen Brauereiverbänden und den Schaustellern und Marktleuten unterstützt. Die restlichen Bündnispartner stammen aus dem Bereich Handel, der Tabakindustrie sowie dem politischen Umfeld.

Im Detail handelt es sich bei den Bündnispartnern um folgende Vereinigungen (Achtung: nur bei expliziter Nachfrage bitte die einzelnen Bündnispartner auflisten, sonst o.g. Antwort liefern, keine Personen benennen):

VEBWK – Verein zum Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur

BHG Bayerischer Hotel- und Gaststätten Verband e.V.

Vereinigung der Bayerischen Festwirte

Verband der Wiesnwirte

Süddeutscher Verband reisender Schausteller und Handelsleute e.V.

Bayerischer Landesverband der Marktkaufleute und der Schausteller e.V.

Private Brauereien Bayern e.V.

Bayerischer Brauerbund

Der Genussverlag

BAV – Bayerischer Automatenverband e.V.

LSTA - Länderverband Süddeutscher Tabakwarengroßhändler und Automatenaufsteller e.V.

MUT - Mittelständische Unternehmen der Tabakwirtschaft

VdR - Verband der deutschen Rauchtobakindustrie e.V.

DZV Deutscher Zigarettenverband

Bayernpartei

Von wem ging die Initiative für das Bündnis aus?

Die Initialzündung kam von Franz Bergmüller (VEBWK).

Warum sind nur Wirte und die Zigarettensindustrie Mitglied im Aktionsbündnis?

Das ist nicht richtig. Zum Bündnis gehören auch der Genussverlag, die Bayernpartei, der Bayerische Brauerbund, der Verband der Privaten Brauereien Bayerns, der Bayerische Automatenverband – um nur einige zu nennen.

Hinzu kommt, dass wir fast täglich neben engagierten Verbrauchern, die uns in den nächsten Wochen vor Ort unterstützen wollen, auch weitere ideale Mitstreiter gewinnen. Die FDP beispielsweise steht dem bestehenden und in der Praxis bewährten Nichtraucherschutz positiv gegenüber – wie auch die Landesregierung übrigens. Des Weiteren sind wir in Verhandlung mit weiteren engagierten Vereinigungen und Verbänden aus der bayerischen Wirtschaft. Auch die IHK Oberbayern hat mit ihrer Resolution Stellung bezogen.

Gibt es noch Partner in der Warteschleife?

Selbstverständlich sind wir offen für weitere Partner, sprechen auf Nachfrage mit potentiellen Interessenten und laden sie ein, dem Bündnis beizutreten. Wir richten uns an all die Menschen, denen immer mehr Bevormundung ein Dorn im Auge ist! Vor allem sind wir in den nächsten Wochen auf Unterstützer und Mitstreiter aus der Bevölkerung angewiesen, die uns bei der Aufklärungsarbeit vor Ort helfen. Hier bekommen wir täglich über unsere Hotline positive Resonanz. Eine große Zahl der bayerischen Bevölkerung ist mit dem derzeitigen Nichtrauchergesetz und dessen Umsetzung in der Gastronomie zufrieden.

Wie hoch ist das Budget?

Dem Aktionsbündnis stehen 615.000 Euro für die Umsetzung der Kampagne zur Verfügung.

Achtung! Vor Kamera nur auf Frage antworten, sonst keine weiterführenden Erklärungen lie – siehe Antwort auf die Frage „Kommt noch Budget hinzu?“

Was sagen Sie zum Argument, dass die Gegenpartei mit nur 70.000 Euro antritt und sich in einer „David-gegen-Goliath“-Lage befindet?

Wir raten den Bürgern, sich nicht von Zahlen beeinflussen zu lassen, die in den Raum gestellt werden. Sie sollen sich gründlich informieren und in der Vorbereitung für den Volksentscheid am 4. Juli vor allem die Inhalte des derzeit bestehenden Nichtraucherschutzes in Bayern genau betrachten. Dieser funktioniert zum einen sehr gut, trifft in der Bevölkerung auf breite Unterstützung und stellt eine vernünftige Regelung dar. Zudem sind bereits jetzt knapp 90 Prozent* der gastronomischen Fläche in Bayern rauchfrei. Ausgenommen sind im derzeitigen Gesetz Sonderformen wie beispielsweise Volksfeste.

* Quelle: Erhebung des größten Ordnungsamtes Bayerns, des Kreisverwaltungsreferates (KVR) München, zum Jahreswechsel 2009/2010 belegt, dass 89 Prozent der gastronomischen Fläche im Großraum München rauchfrei sind. Details siehe tz-Artikel vom 24.03. anbei.

Was zahlt die Zigarettenindustrie?

Die Tabakindustrie zahlt 25 Prozent des Budgets.

Wieso beteiligt sich die Zigarettenindustrie überhaupt an dem Bündnis?

Die Tabakindustrie ist mit all unseren Bündnispartnern einer Meinung, dass es bereits einen bestehenden Nichtraucherschutz in Bayern gibt, der sehr gut funktioniert, in der Bevölkerung auf breite Unterstützung trifft und der eine vernünftige Regelung darstellt. Uns geht es um die Beibehaltung der bestehenden Ausnahmeregelungen in der Gastronomie.

Kommt noch Budget hinzu?

Wir bieten den Verbrauchern auf unserer Homepage neben „Mitmachen“ unter der Rubrik „Spenden“ an, unsere Sache mit Kleinstspenden zu unterstützen. Des Weiteren gibt es die Möglichkeit über die Website, quasi als Pate, eine Posterfläche für eine gewisse Zeit im Kampagnenzeitraum zu buchen.

Wer bestimmt was gemacht wird?

Auch hier setzen wir auf Demokratie. Es wurde ein Lenkungskreis eingerichtet, der sich aus den Vertretern einiger Bündnispartner zusammensetzt und der bei der Gründungsversammlung einstimmig festgelegt und verabschiedet wurde.

Wer sind die Mitglieder des Lenkungskreises?

Jeweils ein Vertreter des VEBWKS, des Länderverbandes der Automatenaufsteller, des Verbandes der deutschen Rauchtobakindustrie, des Bayerischen Automatenverbandes, der Vereinigung der bayerischen Festwirte sowie des Deutschen Zigarettenverbandes. Hinzu kommt ein Kreis von Sprechern aus dem Bündnis, sprich Gastronomen aus allen Teilen Bayerns, die sich für unsere Ziele einsetzen.

II. Fragen zur Kampagne

Was ist in nächster Zeit geplant?

Wir planen eine Kampagne, die aufklärt, dass es bereits einen bestehenden Nichtraucherschutz in Bayern gibt, der eine vernünftige Regelung darstellt. Denn heute haben sowohl Nichtraucher als auch Raucher die Möglichkeit, frei zu entscheiden. Wir richten uns dabei jedoch nicht nur an die Raucher! Wir sprechen für all die Menschen, denen immer mehr Bevormundung ein Dorn im Auge ist! Wir planen keine Großveranstaltungen, dafür wir setzen auf den direkten Dialog mit dem Endverbraucher – persönlich und im Internet. Unsere Website bietet zahlreiche Möglichkeiten für Unterstützer, mit uns in Kontakt zu treten und sich bei der gemeinsamen Sache zu engagieren. Unter dem Reiter Mitmachen können sich Verbraucher informieren, was und wo sie uns unterstützen können.

Was ist das Ziel des Bündnisses?

Es geht uns in erster Linie um Freiheit und Toleranz. Wir wollen klar machen, dass es bereits einen bestehenden Nichtraucherschutz in Bayern gibt, der eine vernünftige Regelung darstellt und von einem Großteil der Bürger Bayerns akzeptiert wird – das ist übrigens auch die Meinung der bayrischen Landesregierung. Denn sowohl Nichtraucher als auch Raucher haben die Möglichkeit, frei zu entscheiden. Wir nehmen den Nichtraucherschutz ernst! Auch wir wollen Kinder und Jugendliche weiterhin schützen, auch wir wollen, dass das Rauchverbot in Schulen, öffentlichen Gebäuden und auf Bahnhöfen beibehalten wird. Wir richten uns nicht nur an die Raucher! Wir sprechen für all die Menschen, denen immer mehr Bevormundung ein Dorn im Auge ist!

Wir wollen die Bürger informieren, wie wichtig es ist, am 4. Juli zum Volksentscheid zu gehen. Denn wir setzen auf Demokratie und akzeptieren die Entscheidung der Bürger. Wichtig ist, dass jeder Wähler weiß, dass – auch wer mit der derzeitigen Gesetzeslage einverstanden ist - zum Volksentscheid gehen muss, um am 4. Juli sein Kreuz bei NEIN zu setzen.

Glauben Sie wirklich, dass Sie noch einen Meinungsumschwung erreichen können?

Uns geht es nicht darum, Meinungen umzudrehen. Unser Ziel ist es, Verbraucher aufzuklären, dass es bereits einen bestehenden Nichtraucherschutz in Bayern gibt, der eine vernünftige Regelung darstellt. Denn heute haben sowohl Nichtraucher als auch Raucher die Möglichkeit, frei zu entscheiden. Doch stellen wir vor Ort im Gespräch mit den Bürgern fest, dass sich ihre Meinung zum Thema Nichtraucherschutz bereits geändert hat und sich viele von dem Volksbegehren falsch informiert fühlen.

Gibt es politische Unterstützer?

Die Bayernpartei ist einer unserer Bündnispartner. Darüber hinaus vertritt auch die bayrische Staatsregierung die Meinung, dass das geltende Gesundheitsschutzgesetz einen gelungenen Kompromiss zwischen den Interessen der Nichtraucher einerseits und den Interessen der Raucher, Gastwirte und Betreiber von Kultur- und Freizeiteinrichtungen andererseits darstellt.

Die Worte „Freiheit und Toleranz“ im Bündnisnamen sind Begriffe, für die sich im Allgemeinen auch die FPD einsetzt. Gibt es eine Nähe des Bündnisses zu den Liberalen?

„Freiheit und Toleranz“ sind wichtige Grundlagen für eine funktionierende Demokratie und kein Alleinstellungsmerkmal einer bestimmten politischen Partei. Die Bayernpartei ist einer unserer Bündnispartner. Darüber hinaus vertritt auch die bayrische Staatsregierung die Meinung, dass das geltende Gesundheitsschutzgesetz einen gelungenen Kompromiss zwischen den Interessen der Nichtraucher einerseits und den Interessen der Raucher, Gastwirte und Betreiber von Kultur- und Freizeiteinrichtungen andererseits darstellt. Die FDP beispielsweise steht dem bestehenden und in der Praxis bewährten Nichtraucherschutz positiv gegenüber – wie auch die Landesregierung.

Wie wichtig ist dieser Volksentscheid für die Zigarettenindustrie?

Es geht nicht um Arbeitsplätze, sondern um Genuss und Kultur. Wir alle im Aktionsbündnis halten den Ausgang des Volksentscheids in Bayern für wichtig. Denn es geht hier um Freiheit und Toleranz. Das gesamte Bündnis spricht für all die Menschen, denen immer mehr Bevormundung ein Dorn im Auge ist! Zudem sind wir der Meinung, dass der Ausgang des Volksentscheid Auswirkungen auf Deutschland und Europa hat.

Ist dieses Bündnis ein Test, falls es in weiteren Bundesländern zu ähnlichen Abstimmungen kommen sollte?

Der Ausgang des Volksentscheids könnte Signalwirkung haben, allerdings sind die Voraussetzungen für einen Volksentscheid in den Bundesländern unterschiedlich und daher nicht grundsätzlich übertragbar. Dennoch befürchten wir, dass viele Bundesländer zum totalen Rauchverbot und damit einer Einschränkung von Freiheit und Toleranz der Bevölkerung tendieren.

Wieso gab es noch kein Bündnis, als die ersten Nichtraucherchutzgesetze erlassen wurden? Weil wir für Nichtraucherchutz sind und daher die aktuelle gesetzliche Regelung befürworten.

Sind auch rechtliche Schritte geplant, falls das Bündnis keinen Meinungsumschwung in der Bevölkerung erreichen kann?

Wenn die Bayern anders entscheiden, werden wir dies, wie es in einer Demokratie üblich ist, akzeptieren. Wir möchten jedoch betonen, dass es uns nicht darum geht, Meinungen umzudrehen. Unsere Kampagne soll vielmehr darüber aufklären, dass es bereits einen bestehenden Nichtraucherchutz in Bayern gibt, der eine vernünftige Regelung darstellt. Denn heute haben sowohl Nichtraucher als auch Raucher die Möglichkeit, frei zu entscheiden.

Welche Reaktion auf ihr Bündnis erhofft oder erwartet man von Seiten der bayrischen Politik?

Die Politik hat die Entscheidung an das Volk abgegeben und wir wenden uns somit mit unserer Kommunikation an die Bevölkerung Bayerns und nicht an die Politik. Zudem vertritt auch die bayrische Landesregierung die Meinung, dass das geltende Gesundheitsschutzgesetz einen gelungenen Kompromiss zwischen den Interessen der Nichtraucher einerseits und den Interessen der Raucher, Gastwirte und Betreiber von Kultur- und Freizeiteinrichtungen andererseits darstellt.

III. Sonstige Fragen zur Kampagne

Was sagen Sie zum Vorwurf der Gegenpartei, dass der derzeitige Nichtraucherchutz in Bayern nicht eingehalten wird und deshalb unbedingt ein absolutes Rauchverbot in der Gastronomie verabschiedet werden muss? [Oder:] In der Wirklichkeit sieht man doch, dass das jetzt bestehende Gesetz nicht eingehalten und oft umgangen wird. Wie stehen Sie dazu?

Wir setzen uns überall dafür ein, dass der Nichtraucherschutz, ob nun in der Gastronomie, in öffentlichen Gebäuden, auf Bahnhöfen oder in Schulen, eingehalten wird.

Zu unseren Bündnispartnern gehören alle Verbände und Vereinigungen der Gastronomen Bayerns und deren Mitglieder halten sich natürlich strikt an das derzeitige Nichtraucherschutzgesetz. Dass dies der Realität entspricht belegen auch die Zahlen vom KVR zu Beginn des Jahres. So sind die Anzeigen beim KVR, dass der derzeitige Nichtraucherschutz nicht komplett eingehalten wird, von 40 Anzeigen im Januar 2010 auf nur noch 25 Anzeigen im Februar 2010 gesunken und das bei einer Grundgesamtheit von 7.800 gemeldeten gastronomischen Objekten im Großraum München. Wir distanzieren uns von Kollegen, die sich derzeit nicht an die aktuelle Gesetzeslage halten, und appellieren an diese, ihre Haltung zu überdenken und sich streng an das derzeitige Nichtraucherschutzgesetz zu halten. Wir sind zuversichtlich, durch unsere Aufklärungskampagne auch diese Wirte über die derzeitige Gesetzeslage informieren zu können und so die Quote der Anzeigen auf Null zu reduzieren.

In anderen Ländern wie Italien und Irland funktioniert das totale Rauchverbot in der Gastronomie doch auch. Warum sollte Bayern nicht hier auch die Vorreiter-Rolle in Deutschland übernehmen?

Deutschland kann sich mit Italien nicht vergleichen. Wir haben eine völlig andere Kultur. Außerdem sind in Italien Raucherräume erlaubt, solange sie eine entsprechende Lüftungsanlage haben. In Irland dagegen mussten tausende Kneipen schließen, nachdem das Rauchverbot erlassen wurde.

Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen: Undifferenzierte Rauchverbote haben negative wirtschaftliche Folgen in der Gastronomie!

_ **Irland:** 1.000 Pubs (vor allem im ländlichen Raum) mussten seit Einführung des Rauchverbots schließen (Quelle: The Times vom 27.02.2007). Umsatzeinbußen über 20%, Arbeitsplatzverluste 7.600, Rückgang Barbesucher 8% (Quelle: The Licensed Vinter's Federation, Central Statistics Office Ireland, British Market Research Bureau).

_ **Schottland:** Rückgang der Getränkeumsätze in der Gastronomie insgesamt um 11%, speziell in Pubs um 39%, Rückgang der Gästezahl um 14%
(Quelle: The Scottish Licensed Trade Association)

_ **Norwegen:** Rückgang der Bierabsätze um 6%
(Quelle: National Institute for Alcohol an Drug Research, ResearchCenter for Health Promotion)

_ **Kanada:** Umsatzverluste in Bars und Pubs 20%
(Quelle: Economic Consulting Evans, Caroll & Ass.)

_ **Deutschland:** Umsatzverlust 15% in Bordbistros der Deutschen Bahn (Quelle: Deutsche Bahn)

Während sich die negativen Auswirkungen in Speisegaststätten in Grenzen halten, werden vor allem die getränkeorientierten Gastronomiebetriebe die negativen wirtschaftlichen Folgen am deutlichsten zu spüren bekommen, weil hier der Raucheranteil der Gastronomiebesucher deutlich höher ist als in der Bevölkerung. **Ein Kneipensterben ist die Folge!** Mit entsprechenden Konsequenzen für Vermieter, Brauereien, Getränkehersteller und andere Zulieferindustrien.

Wie stehen Sie dazu, dass die Kinder und Jugendlichen nach wie vor im Bierzelt mit Tabakrauch vergiftet werden?

Wir befürworten und unterstützen den derzeit gültigen gesetzlichen Nichtraucherschutz mit den bestehenden Ausnahmen u.a. für Festzelte und gehen davon aus, dass Bierzelte grundsätzlich nicht der richtige Aufenthaltsort für Kinder und Jugendliche sind. Zudem wird der Jugendschutz selbstverständlich auch in Volksfestzelten eingehalten. Umfragen zeigen, dass die derzeitige Regelung in Festzelten von 60 Prozent der Bevölkerung akzeptiert wird. Weiterhin haben die Festwirte in der jüngsten Vergangenheit in moderne Lüftungsanlagen investiert, die die Luft in den Zelten für alle Besucher angenehmer gestaltet als früher.

So wie ich das hier sehe, ist das alles von der Zigarettenindustrie gesponsered, oder?

Das sehen Sie falsch. Die Zigarettenindustrie ist einer von mehreren Bündnispartnern, die sich gleichberechtigt in das Bündnis einbringen. Zum Bündnis gehören auch der Genussverlag, die Bayernpartei, der Bayerische Brauerbund, der Verband der Privaten Brauereien Bayerns, der Bayerische Automatenverband – um nur einige zu nennen.

Hinzu kommt, dass wir fast täglich neben engagierten Verbrauchern, die uns in den nächsten Wochen vor Ort unterstützen wollen, auch weitere ideale Mitstreiter gewinnen. Die FDP beispielsweise steht dem bestehenden und in der Praxis bewährten Nichtraucherschutz positiv gegenüber – wie auch die Landesregierung übrigens. Des Weiteren sind wir in Verhandlung mit weiteren engagierten Vereinigungen und Verbänden aus der bayerischen Wirtschaft. Auch die IHK Oberbayern hat mit ihrer Resolution Stellung bezogen.

Warum sind die Gastronomen und ihre Verbände jetzt Handlanger der Zigarettenindustrie?

Die Zigarettenindustrie ist lediglich ein Teil des großen Bündnisses, bei dem alle Partner gleichberechtigt ihre Interessen unter dem Dach des Bündnisses vertreten. Die Hauptinitiatoren und Unterstützer des Aktionsbündnis kommen aus den Reihen der Gastronomie und der Zulieferindustrie der Branche. Neben den gastronomischen Verbänden wie dem Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband (BHG), dem Verein zum Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur (VEBWK), der Vereinigung der Bayerischen Festwirte sowie dem Verband der Wiesnwirte wird das Bündnis von den beiden großen Brauereiverbänden und den Schaustellern und Marktleuten unterstützt. Die restlichen Bündnispartner stammen aus dem Bereich Handel, der Tabakindustrie sowie dem politischen Umfeld.

Bei dem Nichtraucherschutzgesetz sollen in erster Linie die Arbeitnehmer in der Gastronomie geschützt werden. Wie stehen Sie dazu?

Knapp 90 Prozent der gastronomischen Fläche in Bayern sind rauchfrei, so dass sich jeder Mitarbeiter in der Gastronomie in Anbetracht der offenen Stellen einen Arbeitsplatz nach seiner Vorliebe aussuchen kann.

Was hat Rauchen mit Kultur zu tun?

Es geht uns um die vielfältige Wirtshauskultur in Bayern. Wir wollen, dass jeder Gast die Möglichkeit hat, auszuwählen in welcher gastronomischen Einrichtung er seine Freizeit verbringt. Je größer die Vielfalt ist, desto sicherer findet jeder Bayer ein Wirtshaus nach seiner Vorstellung. Wenn das derzeit bestehende Nichtraucherschutzgesetz gekippt wird, werden wir einige der beliebten Volksfeste und damit auch einen Teil der bayerischen Gastronomiekultur verlieren.

Positionierung

Bayern sagt NEIN! beim Verbotsentscheid am 4. Juli

Argumente: Freiheit, Toleranz und die persönliche Entscheidungsfreiheit

Botschaften

Die zentral übergeordnete Kampagnen-Botschaft lautet:

Bayern sagt NEIN! Zum totalen Rauchverbot!

Unterbotschaften

NEIN, weil der bestehende Nichtraucherschutz gut funktioniert!

NEIN, weil ein totales Rauchverbot auch in Festzelten und Raucherlokalen gelten würde - und dadurch ein Teil der bayrischen Kultur verloren geht!

NEIN, weil durch ein totales Rauchverbot die Schwarzgastronomie gefördert wird!

NEIN, weil Selbstbestimmung und Verantwortung immer besser sind als Verbote!

NEIN, weil in knapp 90 % der Gaststätten schon jetzt nicht mehr geraucht wird!

Achtung! Bitte setzen Sie nur die Botschaften bei Ihren Interviews ein, die zu Ihrer Situation passen und hinter denen Sie argumentativ absolut stehen. Achtung!

Vorbereitung auf Interviews und öffentliche Auftritte:

Wenn möglich immer einen Verweis zur Homepage geben und direkt auf deren Mitmachmöglichkeiten hinweisen => www.bayern-sagt-nein.de.

- _ Analyse des Gegenüber – welches Medium, welche Leserschaft? -
- _ Fragenkatalog: Wenn es keinen vom Redakteur gibt, unbedingt selber einen erstellen, der mögliche kritische Fragen beantwortet (FAQ)
- _ Botschaften können (!)
- _ “Ganz unter uns“ – Achtung, gibt es nicht!
- _ Fakten, keine Vermutungen: Wenn Sie Zahlen und Hintergründe nicht kennen, nicht darüber reden.
- _ Fragen beantworten – nicht mehr!
- _ Werbebotschaften – Nein!

Tipps zum Umgang mit Journalisten:

Ablauf in Redaktionen allgemein

- _ Themenfindung
- _ Redaktionssitzung (Häufigkeit abhängig von Erscheinungsweise)
- _ Recherche und Infobeschaffung
- _ Story schreiben, O-Töne, Interviews, Fotomaterial
- _ Chefredaktion gibt OK
- _ Schlussredaktion und Druck/Schnitt

Wie tickt der Journalist?

- _ Presse- und Meinungsfreiheit
- _ das hohe Ziel des investigativen Journalismus
- _ keine Zwänge und Vorgaben erwünscht
- _ PR-Agenturen und Pressestellen werden oft noch als Feind betrachtet

... und wie sieht die Realität aus?

- _ Zeitknappheit
- _ knapp besetzte Redaktionen
- _ Material von PR-Agenturen und Unternehmen wird eingesetzt
- _ Auflagen, Anzeigenkunden, Quoten im Nacken

Der Journalist fragt sich

Ist die Meldung...

- _ aktuell?
- _ nah dran an der Leserschaft?
- _ prominent?
- _ kurios – dramatisch – fortschrittlich?
- _ öffentlich von Bedeutung?

Für Rückfragen vor Interviews steht das Kampagnenbüro zur Verfügung:

Kampagnenbüro Bayern sagt Nein!

Sandra Strobel
Morassistraße 26
80469 München
Fon 089.21 66 66 99
Fax 089.21 66 66 97
presse@bayern-sagt-nein.de
www.bayern-sagt-nein.de

Für Notfälle am Wochenende

Mobil: 0171.9834883

Anlagen zur Untermauerung der Aussagen

Ein neues Bündnis gegen das Rauchverbot

tz München
Bayern hat ein neues Bündnis gegen das strikte Rauchverbot: „Fairness für Raucher“ heißt es, fordert mehr Toleranz im „Freiraum Bayern“ und macht mobil für den am 4. Juli 2010 geplanten Volksentscheid.

An diesem Tag werden die Bayern entscheiden, ob das Rauchverbot in seiner jetzigen Form bleibt und in Nebenräumen, Bierzelten und „getränkegeprägten“ Einraumkneipen unter 75 Quadratmetern weiter geraucht werden darf. Oder ob es bald keine Ausnahmen mehr geben wird, wofür sich beim Volksbegehren Ende 2009 bereits 13 Prozent der Bayern ausgesprochen hatten. Beim Volksentscheid genügt die einfache Mehrheit der Wähler, das Ergebnis ist bindend.

Getragen wird „Fairness für Raucher“ von den Wiesn-Wirten, vom Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband, vom Verein privater Brauereien Bayern und vom Verband der Schausteller. Wiesn-Wirte-Sprecher Toni Roiderer möchte die Menschen an die Wahlurne bringen: „Ganz egal, wie der Einzelne abstimmt. Je mehr Leute hingehen, desto demokratischer ist die Entscheidung.“

Das neue Bündnis formuliert dies drastischer und ruft dazu auf, beim Volksentscheid gegen das strikte Rauchverbot zu stimmen. Werner Gloßner, Geschäftsführer des Vereins privater Brauereien, sagt: „In der Öffentlichkeit wird immer so getan, als gebe es keinen Nichtraucherschutz. Das stimmt einfach nicht.“

Das Münchner KVR bestätigt: Zum Jahreswechsel 2009 / 2010 waren von den 7831 in München registrierten Gaststätten nur 841 als Raucherlokale ausgewiesen. Das sind knapp elf Prozent. Beim Großteil der Raucherlokale handelte es sich um Einraumkneipen (695), in 146 Fällen war das Rauchen in Nebenräumen gestattet. Im Umkehrschluss bedeutet das: In 89 Prozent der Münchner Lokale ist Rauchen schon jetzt komplett verboten.

Allein in München wird der Volksentscheid rund 735 000 Euro kosten, bayernweit etwa 13 Millionen Euro.

SIMONE HERZNER



RESOLUTION

Das Präsidium der IHK für München und Oberbayern empfiehlt der Vollversammlung, im Zusammenhang mit dem anstehenden Volksentscheid zum Nichtraucherschutz folgende Resolution zu beschließen:

In Deutschland ist die Gewerbefreiheit grundgesetzlich verankert. Diesem Grundsatz fühlt sich auch die gewerbliche Wirtschaft Oberbayerns verpflichtet. Die IHK für München und Oberbayern macht sich deshalb seit Jahren dafür stark, diese soweit wie möglich zu erhalten. Sie begrüßt daher alle Initiativen, die zur Sicherung der Gewerbefreiheit beitragen. Zugleich wendet sie sich gegen alle Maßnahmen und Regelungen, die dieses Grundrecht und die Selbstbestimmungsfreiheit einschränken. In Bezug auf den Nichtraucherschutz hält sie die bestehenden Regelungen für ausreichend.

München, den 24. Februar 2010